

// PRESSEINFORMATION //

GEW zur Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen: „Der Lehrkräftemangel in Rheinland-Pfalz lässt sich nicht mehr verleugnen, Unterricht wird zunehmend von nicht qualifizierten Lehrkräften abgedeckt.“

Das Thema Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen führt im Dezember eines jeden Jahres zu einer kontroversen Diskussion über die Aussagekraft der Statistik des Bildungsministeriums. So verhält es sich auch in diesem Jahr. Die GEW Rheinland-Pfalz hat hierbei stets ein wachsames Auge.

„Bei aller erkennbarer Anstrengung des Bildungsministeriums angesichts steigender Schülerinnen- und Schülerzahlen, ist die Unterrichtsversorgung an den rheinland-pfälzischen Schulen jedoch nach wie vor nicht zufriedenstellend“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer. In Prozenten gerechnet stellt das Ministerium eine Stagnation, teilweise sogar leicht positive Tendenzen fest. Doch damit sind wir von einer wirklich positiven Entwicklung noch weit entfernt. Es bedarf einer genaueren Betrachtung.“

„Das Hauptproblem“, so Hammer weiter, „ist nicht mehr die zu geringe Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Viel dramatischer: Es fehlen ausgebildete Lehrkräfte. Diese sind besonders an Grund- und Förderschulen Mangelware.“ Sei es der ADD zum Schuljahresbeginn 2017/18 noch gerade so gelungen, an den Grundschulen die zu vergebenden Planstellen mit ausgebildeten Grundschullehrkräften zu besetzen, werde dies zum 1. Februar in etlichen Regionen kaum noch möglich sein. Die Situation, dies zeige ein Blick auf die Studienseminare, werde sich zu den kommenden Einstellungsterminen noch weiter verschärfen. „In der Unterrichtsstatistik fehlen Hinweise, dass ein erheblicher Teil des Unterrichts an Schulen durch Vertretungslehrkräfte abgedeckt wird. Dies ist gut für die Statistik, aber nicht gut für die Schulen. Auch, weil immer mehr Vertretungslehrkräfte keine ausgebildeten Lehrkräfte sind“, so der Landesvorsitzende der GEW.

Bei der GEW Rheinland-Pfalz gehen zurzeit vermehrt Klagen aus Schulen ein. So würden beispielsweise Grundschulklassen von Vertretungslehrkräften unterrichtet, die noch nicht einmal ihr Studium abgeschlossen hätten. An Schwerpunktschulen fehlten ausgebildete Förderschullehrkräfte.

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>

Hammer dazu wörtlich: „Wir befinden uns in einer dramatischen Situation. Es ist schlimm, dass es dem Land Rheinland-Pfalz nicht mehr gelingt, ausreichend ausgebildete Lehrkräfte zu finden. Wir haben große Sorge, dass die motivierten, aber noch nicht ausgebildeten jungen Vertretungslehrkräfte durch ihren verfrühten Einsatz verheizt werden. Es wird von ihnen erwartet, dass sie die gleiche Arbeit leisten wie ausgebildete Lehrkräfte. Aufgrund der personellen Misere an den Schulen erhalten sie dabei oftmals nicht einmal ausreichende Begleitung und Unterstützung. Es ist zu befürchten, dass viele dieser dringend für den Schuldienst benötigten jungen Kolleginnen und Kollegen aus Gründen der Überforderung ihr Studium vorzeitig beenden. Wir stellen als Konsequenz Abstriche bei der Unterrichtsqualität fest. Die dauerhaft hohe Belastung der Grundschulkollegien stufen wir als gesundheitsgefährdenden ein.“

Noch gravierender als an den Grundschulen, ist der Fachkräftemangel an den Förder- und Schwerpunktschulen. Nach Berechnungen der GEW werden bis zum 01.08.2018 bis zu 155 Förderschullehrkräfte fehlen. Zusätzlich herrscht ein dramatischer Mangel an pädagogischen Fachkräften. Die GEW geht davon aus, dass mindestens 70 Stellen für pädagogische Fachkräfte nicht besetzt werden können. „Ob unter diesen Bedingungen der Unterricht an Förderschulen sichergestellt werden, geschweige denn die Umsetzung des inklusiven Bildungsauftrages verwirklicht werden kann, ist mehr als fraglich“, so der Landesvorsitzende.

Die GEW Rheinland-Pfalz weist drauf hin, dass es aufgrund der zu geringen Zahl der Absolventinnen bzw. Absolventen nicht gelingen wird, die offenen Planstellen mit ausgebildeten Förderschullehrkräften aus den Studienseminaren zu besetzen. Dadurch werde sich die aktuelle Situation nochmals dramatisch verschärfen.

Nach Ansicht der GEW muss die Landesregierung noch weit mehr Anstrengungen unternehmen, um einerseits qualifizierte Lehrkräfte an das Land Rheinland-Pfalz zu binden und andererseits neue Lehrkräfte zu finden. Daher fordert die GEW eine deutlich bessere Bezahlung für Grundschullehrkräfte sowie die Anpassung der Besoldung von Lehrkräften an das Niveau anderer Bundesländer.

Auch müssten Lehrkräfte schneller und flexibler eingestellt werden. Diesbezüglich stellten sich die tradierten Verfahren als hinderlich dar und müssten dringend überdacht werden. Regionale Lösungen böten sich an.

Zurzeit gibt es eine große Anzahl von Gymnasiallehrkräften und Lehrkräften der Realschule plus mit geringer Einstellungsperspektive. Darunter sind viele Kolleginnen und Kollegen, die sich einen Wechsel in ein anderes Lehramt vorstellen können. Jedoch sind diesbezüglich die Hürden sehr hoch gelegt. Die Bedingungen für eine Wechselprüfung schrecken viele Kolleginnen und Kollegen ab. Nach Ansicht der GEW muss das Verfahren vereinfacht werden.